

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 288
KARL HONAY

Wien, am 15. September 1931.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen steigen.

Die wachsende Arbeitslosigkeit macht sich in der Finanzgebarung der Gemeinde doppelt verhängnisvoll fühlbar. Jeder einzelne Arbeiter und Angestellte im Wiener Gemeindegebiet, der heuer arbeitslos ist, während er im Vorjahre noch Beschäftigung hatte, bedeutet einen Entgang an Fürsorgeabgabe. Zugleich aber steigen auf diese Weise die Beitragsleistungen, die Wien für die Notstandsauhilfen und Altersrenten zu leisten verpflichtet ist. Dazu kommt aber noch, dass beim Herabsinken in die Arbeitslosigkeit ein erheblicher Teil der von diesem schrecklichen Unglück betroffenen Menschen gezwungen ist in irgendeiner Form den Wohlfahrtsapparat in Anspruch zu nehmen. Ein alter Vater, eine betagte Mutter, die früher noch von einem in Arbeit stehenden Sohn erhalten werden konnten, müssen nun einen Unterhaltungsbeitrag zugebilligt erhalten oder auch in das Versorgungsheim übernommen werden. Für Kinder von solchen in die Arbeitslosigkeit gestossenen Menschen sind Pflegegelder, oft auch die Unterbringung in einer Anstalt der Gemeinde, eine erhöhte Berücksichtigung bei der Schülerausspeisung, Zuwendungen von Schuhen und Kleidern erforderlich. So kommt es, dass trotz der sonst in allen Zweigen der Gemeinde angeordneten Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens sehr erhebliche Ueberschreitungen erwachsen und namhafte Zuschusskredite erforderlich sind. Der zuständige Ausschuss wird sich demnächst damit zu befassen haben. Nicht weniger als 1,574.000 Schilling werden als Mehrerfordernis für Pflegegelder und Pflegebeiträge für Kinder über die Budgetpost von 4,506.000 Schilling ergänzend in Anspruch genommen. Zwei Drittel aller Pflegebeiträge entfallen auf Kinder von Arbeitslosen. Während im Verwaltungsjahr 1929 noch mit 4,480.000 Schilling in diesem Zweige des Wohlfahrtswesens das Auslangen gefunden werden konnte, wird sich der heurige Aufwand auf rund 6,080.000 Schilling beziffern. Es ist daher eine Steigerung der Ausgaben um 36 Prozent zu verzeichnen. Darin kommt die Verschlechterung unserer Wirtschaftsverhältnisse seit 1929, sowie die Rückwirkung auf den Haushalt der Gemeinde greifbar zum Ausdruck. Ganz ähnlich ist naturgemäss das Bild bei den Erwachsenen, die von der Fürsorge der Gemeinde Gebrauch machen. Im Jahre 1929 sind tatsächlich 11,445.000 Schilling ausbezahlt worden. Der Magistrat hat für heuer von vornherein 13,000.000 Schilling in Aussicht genommen und vom Gemeinderat bewilligt erhalten, muss aber schon jetzt feststellen, dass damit das Auslangen nicht gefunden werden kann. Es wird deshalb ein Zuschusskredit von 1,400.000 Schilling beantragt. Bei den Geld- und Sachauhilfen ergibt sich ein Mehrerfordernis von 200.000 Schilling, bei den von der Gemeinde beigegebenen Arzneien, Bandagen und Optikerwaren eine Ueberschreitung von 120.000 Schilling. Aber auch die Beitragsleistung der Gemeinde zu den Notstandsauhilfen und Altersrenten wird weit über jenes Mass hinausgehen, das das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Herbst vorigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 15. September 1931.

Jahres geschätzt hat und das die Grundlage der Budgetierung bei der Gemeinde bildete. Diese Post zeigt eine geradezu sprunghafte Aufwärtsbewegung. 9,577.000 Schilling waren das Erfordernis im Jahre 1929. Für heuer wurden bereits 13,000.000 Schilling eingesetzt. Davon sind aber schon in den ersten 6 Monaten 7,577.000 Schilling ausgezahlt worden. Ein Fehlbetrag von Millionen steht ausser Zweifel. Seinerzeit wurde den Ländern als Bedeckung die Einführung der Biersteuer zugestanden. Es zeigte sich jedoch bald, dass diese Methode keine zielführende sein kann. Wachsende Arbeitslosigkeit kann nicht mit steigendem Bierverbrauch Hand in Hand gehen. Es ist selbstverständlich gerade das Umgekehrte der Fall. So ergibt es sich denn dass die Aufwendungen für die Notstandsaushilfen von Jahr zu Jahr gewaltig ansteigen, während der Ertrag der Biersteuer ebenso von Jahr zu Jahr ausserordentlich zurückgeht. Der Unterschied, den die Gemeinde aus anderen Steuerquellen aufbringen muss, wird immer grösser. Es ist ein höchst unerfreuliches Bild, das sich insgesamt bietet. Dabei handelt es sich hier um Ausgaben, denen durch die Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse eine wachsende Tendenz zwangsläufig innewohnt und bei denen trotz sorgfältigster Gebarung ein fortgesetztes und starkes Steigen unausweichlich ist.

Ein Goethehof und ein Haydnhof in Wien.

Benennung zweier städtischer Wohnhausanlagen nach Johann Wolfgang von Goethe und nach Joseph Haydn.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, die städtische Wohnhausanlage in der Schüttaustrasse "Goethehof" zu benennen. An der Aussenseite der Anlage wird der Name der Wohnhausanlage in grossen Lettern angebracht werden. Der Text der Erläuterungstafel wird folgenden Wortlaut haben: "Zum Andenken an den grössten deutschen Dichter Johann Wolfgang von Goethe (1749 - 1832)".

In der gleichen Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss auch beschlossen, die städtische Wohnhausanlage am Gaudenzdorfergürtel "Haydnhof" zu benennen. Auch diese Wohnhausanlage wird an der Schauseite in deutlich lesbarer Schrift ihren neuen Namen tragen. Im Inneren des Hauses wird eine Erläuterungstafel angebracht werden, die folgenden Wortlaut haben wird: "Zum Andenken an den grossen österreichischen Lieddichter Joseph Haydn (1732 - 1809)".

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierte das Ehepaar David und Scheindel Kessler das Fest der diamantenen Hochzeit, die Ehepaare Josef und Johanna Horak, Ferdinand und Anna Schafhauser, Bernhard und Beile Schwefel, Rudolf und Marie Steindorf und Theodor und Johanna Stirnmann das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.